



Termine:

30. 5, 18.30 Uhr - Diskussion mit KPÖ-Klubobmann Ernest Kaltenecker, bei der ATIGF, Schöpfstraße 9, Innsbruck

12. 6, 18.30 Uhr - Diskussion mit Rudi Weiss Das Schengenwunder - Die Hintergründe der Transitproblematik, IBK, KPÖ, Gumpstr. 36.

23. bis 29. 6 - Eintragungswoche des Volksbegehren „fairSORGEN“ - Auf zu deiner Gemeinde und deine Unterschrift gegen den Regress bei der Grundsicherung leisten.

Swarovski Wattens: Quadratur des Kreises

Die LandespolitikerInnen jubeln, dass in Tirol die Arbeitslosigkeit sinkt. In Wattens gehen die Uhren anders, bei Swarovski werden in Zukunft 450 Frauen und Männer weniger einen Arbeitsplatz finden.

Nachdem im ersten Quartal des heurigen Jahres bereits 170 befristete Arbeitsverhältnisse nicht verlängert wurden, und weitere Kündigungen ständig im Raum standen, haben die 6600 Beschäftigten am Swarovski-Standort Wattens schon seit Wochen gezittet. Nun ist es Gewissheit: Das Tiroler Industrieunternehmen baut weitere 280 Arbeitsplätze ab. Zusammen also 450!

Das obwohl der Konzern im Vorjahr nach eigenen Angaben einen Umsatz von 2,56 Milliarden Euro hatte. Das obwohl der Konzern am Standort Wattens den größten Teil seiner Wertschöpfung erwirtschaftet hat.



Das obwohl der „Swarovski-Clan“ zu den reichsten Tiroler Familien gehört und laut „trend“ mit ein Vermögen von 2,2 Milliarden Euro steuerschonend in eine Privatstiftung versteckt hat.

Swarovski begründet die Arbeitsplatzvernichtung mit dem schwachen Dollarkurs und der Billigkonkurrenz in Ägypten und China. „Die Ausreden auf den Weltmarkt sind wenig stichhaltig, ist doch die im Besitz der Familien Swarovski, Weiss und Frey stehende Swarovski-Gruppe mit

Swarovski, Swarovski Optik, Tyrolit, Swareflex und Signity längst selbst eine „Heuschrecke“ die mit Produktionen in Billiglohnländern die eigenen Standorte in Österreich konkurrenziert“, ärgert sich der KPÖ-Kandidat und Linksgewerkschafter Josef Stingl. Ebenso ärgere ihm, dass sich außer der KPÖ weder Gewerkschaft noch eine andere Partei öffentlich gegen den Arbeitsplatzabbau aufgetreten ist.

Noch gefährlicher ist für den KPÖ-Kandidaten „die Drohung“, dass einige Beschäftig-

te in Schwesternfirmen übergeführt werden sollen. „Nehmen diese dann ihre arbeitsrechtlichen Ansprüche (Abfertigung etc.) mit oder fangen sie wieder bei Null an? Und die sich gegen eine Versetzung aussprechen, müssen sie dann `einvernehmlich` kündigen? So könnte man zumindest die Äußerung des Betriebsrates Willi Greuter verstehen, dass es zu **keinen Kündigungen im herkömmlichen Sinn** kommen soll, statt dass er sich mit der Gewerkschaft für den Kampf um jeden Arbeitsplatz zu rüstet.“

www.glbtirol.info



glb@imzoom.info



Es ist genug für al



In der Mitte des Bildes KJÖ/KPÖ-Spitzenkandidat Julian Nothdurfter (18), links davon die Listenzweite Hediye Dikme (26) und rechts davon der Listendritte Lukas (Hasi) Haslwanter (18)

Am 8. Juni 2008 wählt Tirol einen neuen Landtag. So wie im Bund demonstrieren die etablierten Parteien auch im Land in der Öffentlichkeit angeblich unüberbrückbare Gegensätze um ihre zunehmende Austauschbarkeit zu überspielen. Entgegen den wortgewaltigen Schaumschlägereien von van Staa über

Gschwentner bis zum „Rebellen“ Dinkhauser hat die Landespolitik jedoch heute realpolitisch immer weniger zu sagen.

Wesentliche politische Kompetenzen sind mit Zustimmung der österreichischen Politik an die EU abgegeben worden. Auch bei dieser Landtagswahl geht es daher letztlich um die großen allgemeinen Fragen. Eine Unterscheidung zwischen dem was die Parteien im Land und was sie im Bund machen ist daher weder möglich noch sinnvoll.

Die kapitalistische Globalisierung ordnet auch in Österreich alle Lebensbereiche den Profitinteressen unter und demontiert soziale Errungenschaften. Die EU ist nicht die Antwort auf diese Globalisierung, das „Europa der Konzerne“ ist vielmehr ein treibender Teil derselben. Daher lehnen wir auch den EU-Vertrag ab.

Die rasante Entwicklung der Produktivität führt zu immer

größerer Macht der internationalen Konzerne. Auch in Tirol ist der Gegensatz zwischen einer Minderheit von Reichen und einer immer größeren Zahl durch Armut betroffener Menschen gewachsen. Die fünf reichsten Tiroler Familien besitzen soviel wie die Hälfte aller Berufstätigen des Landes. Während MillionärInnen vom Schläge Swarovski in Saus und Braus leben, wissen viele ArbeiterInnen, Angestellte, PensionistInnen, Alleinerziehende und MigrantInnen nicht wie sie ihre Wohnung und das tägliche Leben finanzieren sollen.

Dem zaghaften Wirtschaftsaufschwung droht jetzt durch Turbulenzen an den Börsen und immer weniger beherrschbare Prozesse am Finanzmarkt schon wieder das Aus. Eine anhaltend hohe Sockelarbeitslosigkeit und eine wachsende Prekarisierung durch die rapide Zunahme atypischer Arbeitsverhältnisse verbunden mit Lohndumping und Sozialabbau verunsichern die Menschen.

Seit Jahren greift die „soziale Kälte“ um sich: Obwohl Öster-

reich das viertreichste Land der EU ist, wollen uns Politik, Medien und Experten einbläuen, dass soziale Leistungen nicht mehr finanzierbar seien. Eigenvorsorge und Verzicht wird gefordert. Almosenverteilung soll verhindern, über die Hintergründe nachzudenken.

Viele Menschen resignieren als Reaktion auf die neoliberale Politik, sie gehen nicht mehr zur Wahl. Das macht die herrschenden Parteien aber nur stärker. Für sie ist es ein Wahlsieg, wenn die Unzufriedenen nicht wählen. Die NichtwählerInnen wären die stärkste Partei im Lande, sie bewirken aber überhaupt nichts.

Die Konzerne und die Reichen sind durch die etablierten Parteien hinreichend politisch vertreten. Die Lohnabhängigen haben hingegen zunehmend keine öffentlich hörbare Stimme mehr. Die Jugendliste von KJÖ und KPÖ will hingegen den Menschen zeigen, dass es wieder Sinn hat, wählen zu gehen. Dem Argument der „verlorenen Stimme“ halten wir entgegen: Verloren ist eine Stim-

me, wenn sie im Vertrauen auf die Wahlversprechen abgegeben wird, die sich nach der Wahl als Schall und Rauch erweisen.

Die Linkspartei KPÖ ist die Alternative zur neoliberalen Politik. Es ist kein Zufall, dass der Politologe Anton Pelinka die KPÖ als die einzige Partei sieht, die zu ihren Werten steht. Wir wollen unter dem Motto „Es ist genug für alle da“ einen grundlegenden Kurswechsel in der Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und EU-Politik. Wir wollen die Menschen darüber hinaus ermutigen, für ihre Interessen selbst einzustehen und aktiv zu werden. Kommunistische MandatarInnen und AktivistInnen zeigen vor, dass es auch anders geht. Für sie stehen die täglichen Anliegen der Menschen im Vordergrund. Für sie ist soziale Verantwortung kein leeres Schlagwort.

Mit ihrem Wahlprogramm für Bildung und Arbeit macht die KJÖ/KPÖ Jugendliste bei dieser Landtagswahl Vorschläge für mehr soziale Gerechtigkeit und für eine Umverteilung

KPÖ ONLINE

tirol.kpoe.at
kpoe@imzoom.info

KPÖ Zentral

www.kpoe.at

le da

von oben nach unten. Wir wollen die Steuerlast ebenso wie die Arbeitszeit umverteilen. Wir wissen, dass es nicht leicht ist, diese Vorschläge auch durchzusetzen. Das geht nur, wenn viele Menschen gemeinsam handeln.

Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit, öffentliches Eigentum, die Interessen der Frauen und die Neutralität stehen im Zentrum unserer Politik. Wir sind die linke Opposition gegen die herrschende, neoliberale Politik. Wir wenden uns an alle Menschen, die zunehmend genug von einer Politik der „sozialen Kälte“, des schrankenlosen Wettbewerbs haben.

Wir wollen die Macht des Kapitals zurückdrängen. Wir verbinden progressive Reformpolitik mit grundlegender Kritik am Kapitalismus. Gesellschaftliche Alternativen sind kein Tabu, eine andere Politik ist möglich und machbar. Wir wollen gemeinsam mit anderen eine soziale Alternative zur neoliberalen Einheitspolitik entwickeln.

Die Zugewinne bei fast allen Wahlen der letzten Jahre, vor allem der Einzug in den steirischen Landtag 2005, die deutlichen Gewinne bei der Wiener Wahl 2005 und das gute Abschneiden bei der Nationalratswahl 2006 sind ein Zeichen dafür, dass die KPÖ wieder verstärkt gefragt ist. Erstmals seit 1961 kandidiert die KPÖ als „Jugendpolitischen Liste mit der Kommunistischen Jugend (KPÖ)“ bei dieser Landtagswahl landesweit in allen Wahlkreisen. Eine Stärkung der KPÖ bei der Tiroler Landtagswahl stärkt auch die sozialen Kräfte außerhalb des Landtages und der Parteien.

Infos unter: tirol.kpoe.at

Das Unglück begann 2005. Fiona und ihr Traumprinz Karl-Heinz wollten sich ein gemeinsames Nest bauen und sich dafür in aller Ruhe in Kitzbühel ein kleines, nettes Bauernhäuschen anmieten. Ein geeignetes Objekt war rasch gefunden, die Miete mit 11.000 Euro im Monat kaum nennenswert.

droht sind ist eine ganz andere Geschichte Ebenfalls in welchen finsternen Rumpelkammern oft Personal von 4- und 5-Sternhotels untergebracht ist, weil jeder helle Raum dem zahlungskräftigen Publikum angeboten wird.

Bald zerkrachten sich Fiona, Karl-Heinz mit ihrem



von Josef Stingl

Kein Glück für Fiona und Karl-Heinz

Das Hindernis, das böse Tiroler Grundverkehrsordnungsgesetz: Das Anwesen, das

Freund und Vermieter Friedrich. Er wollte Kitzbühels neue Landwirtschaftsfamilie schnell wieder

Viele Fragen bleiben trotzdem offen, haben Karl-Heinz und Fiona jetzt ihren schriftlichen Mietvertrag oder existiert nur jener mündlicher mit Friedrich, der wiederum eigentlich nur der Sohn der Besitzerin ist.



Fiona und Karl-Heinz im Visier hatten, war als landwirtschaftlicher Grund - als Freiland und Hofstelle - gewidmet. Das bedeutet, dass das Haus als Bauernhof genutzt werden muss.

los werden und kündigte ihnen den Mietvertrag mit der Begründung Eigenbedarf wieder auf. Gewisser Friedrich ist es auch, der alle landwirtschaftlichen Gebäude verwaltet, die vom Hof abgetrennt wurden.

Haben Fiona und Karl-Heinz wirklich ihre Seitenblicke-Gardrobe mit Stallgewand und Mistgabel getauscht oder muss sich der Kitzbüheler Stadtrat erneut mit dem widerrechtlichen Widmungszweck beschäftigen. Und ist Karl-Heinz jetzt Mitglied beim Bauernbund?

Und warum ist Fiona eigentlich in Unterhiring gar nicht gemeldet, sondern nur ihr Prinzgemahl Karl-Heinz und Prinzesschen Tara? Hat sie damit nicht das österreichische Meldegesetz übertreten und wurde sie dafür bestraft?

Pech, auch Landesvater Herwig hatte sich geirrt, er hatte nicht gewusst, dass auf dem betreffenden Objekt ein Baubescheid mit einer Sonderwidmung liege.

Aber unter Freunden hilft man sich eben, Herwig machte aus dieser Angelegenheit "Chefsache", die Tiroler Grundverkehrsordnung wurde umschifft, Fiona fimierte zur Bäuerin, Karl-Heinz zum Bauern, alles war eitler Wonne!

Dass es in gleicher Umgebung auch ArbeiterInnenfamilien gibt, die insbesondere bei unverschuldeter Arbeitslosigkeit die Mieten nicht mehr aufbringen können und somit von der Obdachlosigkeit be-

Nach dem Streit mussten Fiona und Karl-Heinz den Hof kurzfristig wieder verlassen. In Kitzbühel wurde im heiteren Bezirksgericht geschmunzelt. Die Streithanseln einigen sich im Wonnemonat diesen Jahres außergerichtlich. Das Strahlepaar Karl-Heinz und Fiona kann jetzt noch länger in Unterhiring wohnen und ihr Bauernsein genießen.

WIR SIND ZUKUNFT!
www.jugendliste.org

- Mehr Geld für Tirols Schulen!
- Arbeitsplätze schaffen: Arbeitszeit verkürzen!
- Gleiche Rechte für alle Menschen!

KPÖ www.kpoe.at **KjÖ** www.kjo.at

Julian Kohlschütter

Deine Stimme zählt - am 8. Juni
Jugendliste KJÖ/KPÖ wählen!

www.jugendliste.org



KPÖ kandidiert in ganz Tirol

Schon bevor die Unterstützungsunterschriften beisammen waren, wurde der KPÖ-Sprecher Josef Stingl von der Tiroler Woche interviewt:



Was erwartet sich die Tiroler von Ihrem Antreten erwarten?

Josef Stingl: Die KPÖ wird ungewöhnlich auftreten, nämlich als Wahlgemeinschaft mit Jugendlichen. Wir wollen damit zeigen, dass das Wahlalter gesenkt wurde und wir der Jugend durchaus zutrauen, dass sie sich selbst vertreten kann. Und wir wollen landesweit antreten.

Wofür steht Ihre Wahlliste?

Josef: Wir sehen uns als soziale Alternative. Schwerpunktthemen sind die Jugend- und Bildungspolitik und treten für verbesserte Sozialpolitik durch Umverteilung ein.

Sollten Sie im kommenden Landtag das Zünglein an der Waage sein, mit welchen Parteien können Sie sich eine Zusammenarbeit vorstellen?

Josef: Die Frage wird sich nicht stellen, denn mit der KPÖ wird niemand von den neoliberalen Parteien koalieren wollen. Sicher ist, nichts zu tun haben wollen wir mit dem BZÖ und der FPÖ die agieren ausgrenzend und menschenfeindlich.

Wer sind Ihre MitstreiterInnen?

Josef: Unsere genaue Listenbezeichnung ist „Jugendpolitische Liste mit der Kommunistischen Jugend - kurz: KPÖ“. Spitzenkandidat wird der Schlosserlehrling Julian

Am 8. Juni wird in Tirol der neue Landtag gewählt. Die KPÖ kandidiert mit einer Jugendliste gemeinsam mit der KJÖ. Die Überraschung war, seit 1961 wieder einmal landesweit. Das spiegelt sich auch in der verstärkten Berichterstattung in den bürgerlichen Regionalmedien wieder. TiVoLi hat die interessantesten Fragen und Antworten an bzw. von den KPÖ-BezirksspitzenkandidatInnen zusammengefasst.

Nothdurfter aus Innsbruck sein.

Wie werden Sie den Wahlkampf finanzieren?

Josef: Während die Landtagsparteien Millionen an EUROS für den Wahlkampf verpulvern, wir insgesamt maximal 7.500 Euro für den Wahlkampf zur Verfügung.

Nach vier Wochen Unterschriftensammelns mit Hilfe von GenossInnen aus Wien, Niederösterreich und Kärnten, und mit Hilfe der Unterstützungsunterschrift jeweils eines/r Grünen Landtagsabgeordneten pro Bezirk war es geschafft. Die KPÖ wird erstmals seit 1961 wieder tirolweit auf dem Stimmzettel zu finden sein. Hier ein Auszug aus den vielen Medienfragen an die BezirkskandidatInnen:

Der Bezirk (Schwaz) leidet massiv am ständig steigenden Verkehrsaufkommen. Was kann man gegen den Transit und die ständigen Staus im Zillertal tun?

Roland Steixner, Spitzenkandidat im Bezirk Schwaz: Um das Verkehrsaufkommen zu beschränken fordert die KPÖ günstigere Tarife bei öffentlichen Verkehrsmittel sowie eine Steigerung der Attraktivität öffentlicher Verkehrsmittel, damit Anreize geschaffen werden, das Auto zuhause zu lassen. In Bezug auf das Zillertal bedeutet das, dass die KPÖ dem Ausbau der Zillertalbahn grundsätzlich positiv gegenübersteht. Im Sinne der Senkung der Schadstoffemissionen wäre allerdings eine



Elektrifizierung der Bahn nötig.

Was halten Sie von der oft gebrauchten Zuordnung Tourismus in den Seitentälern, das Inntal ist für Bauern und Industrie?

Roland: Die besagte Zuordnung ist - so sie normativ aufgefasst wird - ein Leitspruch für jene, die wenig von Umweltschutz halten, da das Inntal nach dieser Diktion als Passierweg für die Tourismusregionen dienen muss und somit getrost auch noch der Industrie überlassen werden kann. Die von der Werbung gepriesene Hochwertigkeit der Tiroler Agrarerzeugnisse entpuppt sich dann angesichts der durch Verkehr und Industrie entstandenen Luftverschmutzung als Lug und Trug. Gemäß dieser Diktion werden weiters zunehmend ehemals unberührte Bergregionen für den Tourismus erschlossen. Als Leitlinie für eine verantwortungsvolle Politik

taugt diese Zuordnung jedenfalls nicht.

Bei der Kinderbetreuung gibt es gerade am Land noch Mankos bei der Infrastruktur. Wie kann das verbessert werden?

Roland: Grundsätzlich sollte auch in Tirol Kinderbetreuung endlich kostenlos sein, damit auch einkommensschwächere Familien entlastet werden. Die KPÖ spricht sich für eine flächendeckende Infrastruktur zur Kinderbetreuung aus, die vom Land Tirol finanziert werden müsste. Leider besteht auch in Tirol eine Tendenz zur Zentralisierung der Bildungseinrichtungen, was sich auch auf das Verkehrsaufkommen auswirkt, das ja gerade in einem Land, das in ökologischer Hinsicht so sensibel ist, zu massiven Schadstoffbelastungen führt.

Im Imst wiederum wurde die Spitzenkandidatin Rosmarie Thümingler vom Imster Bezirksblatt befragt:

Die drei brennendsten Probleme im Bezirk sind...

Rosmarie: Kinderbetreuung - Öffis - Arbeitsplatz: Das ist die „böse Dreieinigkeit“ für Menschen, insbesondere Frauen, die nicht im Ballungsraum Imst wohnen und daher „auswärts“ buggeln fahren müssen.

Meine Lösungsvorschläge dafür lauten...

Rosmarie: Ein flächendeckendes Angebot von Kinderbetreuungseinrichtungen, die auch den faktischen Arbeitszeiten entsprechenden, und ein flä-

ol mit großen Medienecho



chendeckendes Öffis-Netz, welches die zeitlich notwendige Bandbreite gut abdeckt, sind keine Utopie. Beispielsweise veröffentlichte dazu das Land Tirol die Studie „MAMA MIA“ nur es fehlt an politischen Willen es umzusetzen.

genau, wo vielen der Schuh drückt.

Weniger neugierig waren die Kollegen Journalisten im Bezirk Kufstein, sie stellten bis dato an unsere Bezirksspitzenkandidatin Hilde Waldhart nur folgende Frage:

Was sind die wichtigsten Themen, auf die Sie im Wahlkampf setzen werden?

Hilde: „Bildung und Arbeit für Alle“ steht auf unseren Plakat. Wir verlangen dafür Gesamtschule und keine Zugangshürden, wie Aufnahmeprüfungen oder Studiengebühren beim Studium. Bei der Berufsausbildung verlangen wir eine Ausbildungsverpflichtung für die Unternehmen. Wer sich davor drückt, muss sich finanziell bei überbetrieblichen Ausbildungsstätten beteiligen.

In Innsbruck wiederum wurde dortiger KPÖ-Spitzenkandidat Josef Stingl zum Thema billigere Mieten und Möglichkeiten für leistbares Wohnen befragt. Er meinte: „Leistbares, zeitgemäßes und gesichertes Wohnen ist ein Menschenrecht, dazu bedarf es in erster Linie Sozialen Wohnbau. Ebenso müssen die Einstiegskosten bei Wohnungssuche radikal gekürzt werden die Mietzins-

beihilfe so zu gestalten, dass die Wohnkosten maximal ein Drittel des Haushaltseinkommens ausmachen. Wohnungen und Baugründe, die länger als 10 Jahre nicht genützt werden, müssen mit einer kräftigen Spekulationssteuer versehen werden!

Auch unsere Spitzenkandidat im Bezirk Innsbruck-Land, die 26-jährige Migrantin Hediye Dikme meldete sich öffentlich zu Wort:

Verkehrstechnisch ist Innsbruck-Land besonders vom steigenden Verkehr betroffen. Wie beurteilen Sie den öffentlichen Nahverkehr im Bezirk?

Hediye: Man kommt mit den Öffis leicht nach Innsbruck, aber das wars dann auch schon. Ich wohne in Volders, arbeite aber in Kematzen. Diese Strecke ist mit den Öffis leider furchtbar schlecht zu bewältigen. Dazu wäre ein flächendeckender Nahverkehrsplan notwendig.

Wie stehen Sie zu Rückgabeforderungen von Seiten der Gemeinden an die Agrargemeinschaften?

Hediye: Wir unterstützen diese, da die Agrargemeinschaften den Grund vor Jahrzehnten von den Gemeinden kalt enteignet haben, und jetzt damit unfair spekulieren. Mitglieder bekommen Gründe zu Spottpreisen, Nichtmitglieder zu Wucherpreisen. Die Vergabe von Grund und Boden dürfte - so wie der Besitz von Wasser und Energieträger - nur bei der öffentlichen Hand angesiedelt sein.

Immer mehr Gemeinden setzen um mehr Kommunalsteuer zu lukrieren auf Gewerbeparks. Wie sehen Sie diese Entwicklung?

Auch mit dem Argument „neue Arbeitsplätze“ dürfen nicht immer wieder, verkehrstechnische, raumplanerische und damit ökonomische Sünden zu-

gedeckt werden. Wir verlangen Kostenwahrheit. Das heißt, statt Ansiedlungsförderungen Kostenbeteiligung der Unternehmungen bei den Kosten der Verkehrsverbindungen, beim Lärmschutz und, und, und...

Für welches Thema würden Sie sich im Fall ihrer Wahl in den Landtag einsetzen?

Hediye: Als Kandidatin mit migrantischen Hintergrund, liegt mir ein Wahlrecht für Alle am Herzen. Es kann doch nicht Recht sein, dass Menschen die hier leben, hier arbeiten und hier Steuer zahlen, bei Wahlen ihr Leben nicht mitbestimmen können. Kein „türkisches Problem“ in Österreich, sondern ein menschenrechtliches in ganz Europa.



Der Bezirk Imst braucht...

Rosmarie: Es geht nicht darum was der Bezirk braucht, sondern was die Menschen brauchen. Und diese brauchen eine Politik, die auch im ländlichen Raum Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen, InländerInnen und MigratInnen und Jugend und ältere Generation schafft.

Meine Prognose für die Landtagswahl 2008 im Bezirk Imst...

Rosmarie: Von mir gibt es keine Zahlenspiele. Meine Prognose ist aber, jede Stimme mehr für die Jugendliste der KJÖ/KPÖ sichert mehr Druck von Links und somit eine sozialere Politik.

Darum sollten mir die OberländerInnen ihre Stimme geben ...

Rosmarie: Im Gegensatz zu den BerufspolitikerInnen von ÖVP und SPÖ, kenne ich die Probleme der Imsterinnen und Imster ganz genau. Auch ich habe das Leben lang als Krankenschwester arbeiten müssen um meine Existenz bestreiten zu können. Auch ich „gfrette“ mich mit meiner Pension und immer rasanter steigenden Wohn- und Lebenskosten urch mein Leben. Ich weiß also ganz



In Osttirol fand KJÖ/KPÖ-Spitzenkandidat Lukas Haslwanger bei der „Kleinen Zeitung“ Anklang: „Die KPÖ geht bei ihrer Kandidatur ganz eigene Wege. Die Bezirksliste führt der 18-jährige Gymnasiast Lukas Haslwanger aus Innsbruck an. Der junge Mann ist auch auf Platz drei in der Landesliste gereiht. „Ich werde einige Male nach Osttirol fahren, mich dort zeigen und mit den Menschen auf der Straße reden“, sagt Haslwanger zu seinem geplanten Wahlkampf im Bezirk Lienz.“



Ablehnung des EU-Vertrags aus linker Sicht



Aus linker Sicht ist den EU-Vertrag entschieden abzulehnen, da dieser Vertrag u.a. eine faktische Aufrüstungsverpflichtung enthält. Als ob es nicht schon genug wäre, dass die USA und ihre Vasallenstaaten auf der ganzen Welt ihre Kolonialherrschaften errichten wollen, will nun auch die EU im Kampf um die Vorherrschaft auf der Welt auch mit militärischen Mitteln kräftig mitmischen.

„Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern. Die Agentur für die Bereiche Entwicklung der Verteidigungsfähigkeiten,

Forschung, Beschaffung und Rüstung (Europäische Verteidigungsagentur) ermittelt den operativen Bedarf und fördert Maßnahmen zur Bedarfsdeckung, trägt zur Ermittlung von Maßnahmen zur Stärkung der industriellen und technologischen Basis des Verteidigungssektors bei und führt diese Maßnahmen gegebenenfalls durch, beteiligt sich an der Festlegung einer europäischen Politik im Bereich der Fähigkeiten und der Rüstung und unterstützt den Rat bei der Beurteilung der Verbesserung der militärischen Fähigkeiten.“

Eine Analyse des dt. Bundestages macht deutlich, dass diese Anstrengungen zur Aufrüstung schon längst im vollen Gange sind. Der Europäische Rat hatte bereits im März 2003 den Mechanismus zur Überprüfung und Anpassung der militärischen Fähigkeitsziele eingezettelt.

„Im Rahmen des CDM wird überprüft, ob die militärischen Erfordernisse den definierten politischen Aufgaben entsprechen und ob die Erfordernisse gegebenenfalls geändert werden müssen, um neue Aufgaben erfüllen zu können. Dabei erfasst

ein Requirements Catalogue die quantitativen und qualitativen Erfordernisse für die Ausführung der Aufgaben. Ein Force Catalogue beinhaltet die nationalen Beiträge im Lichte der erforderlichen Fähigkeiten. Auf Grundlage eines Vergleichs des Requirements Catalogue mit dem Force Catalogue und einer entsprechenden qualitativen Prüfung entsteht der Progress Catalogue. Er gibt Auskunft über den aktuellen Stand der verfügbaren Fähigkeiten und der vorhandenen Defizite. Als seinerzeitiges Ergebnis stellte im Mai 2003 der ER fest, „dass die EU nunmehr im gesamten Spektrum der Petersberg Aufgaben einsatzfähig ist, wobei es Einschränkungen und Zwänge durch anerkannte Lücken gibt“. Diese Einschränkungen bezogen sich auf die Verlegungszeit und Einsätze im „oberen Einsatzspektrum“ der Petersberg-Aufgaben (d.h. bei hochintensiven Kampfhandlungen), insbesondere wenn die EU „parallele Operationen“ durchführt.“

Die Ablehnung des Vertrages von Lissabon durch die Linke unterscheidet sich grundsätzlich von der der Christenpartei,

FPÖ und anderen Teilen der extremen Rechten. Die Linke strebt nach Selbstbestimmung. Die Rechte will die Unterordnung des Menschen unter einen (Gottes)staat.



Mag sein, dass auch die Christenpartei oder die FPÖ erkannt haben, dass sich im EU-Vertrag eine Aufrüstungsverpflichtung befindet. Allerdings haben sich die Christenpartei und ähnliche Gruppierungen nur vordergründig dem Schutz des Lebens verschrieben. Die „Christen“ sind Speerspitze jener politischen Kräfte, die in politischer Weise Einfluss auf die Geburtenentwicklung nehmen wollen, und zwar nach der Logik: viele Geburten, viele Steuerzahler, viele potentielle Arbeitskräfte, starker Staat, starke christlich-abendländische Kultur. Das Schicksal des/der Einzelnen spielt dabei keine Rolle, er/sie ist zum *ora et labora* („bete und arbeite“) verdammt. Die Reproduktion der Bevölkerung soll dabei mit allen Mitteln gesichert werden. Die Eckpfeiler einer solchen Politik sind Verbot von Abtreibung und Verhütung, sowie ein Verbot von jeglichen sexuellen Handlungen, die nicht der Fortpflanzung dienen, d.h. eine restriktive Haltung gegenüber jeder Art von „widernatürlicher Sexualität“ wie sie insbesondere Homosexualität darstellt.

Roland Steixner

(Gekürzt, die ungekürzte Fassung ist unter <http://tirol.kpoe.at/news/article.php/20080514224006331> veröffentlicht)

Ich möchte:

- die regelmäßige Zusendung der Zeitung „TiVoLi“
- die regelmäßige Zusendung des „TiVoLi“-Newsletter
- die Zusendung des „TiVoLi“-Newsletters
- eine Probenummer der KJÖ-Zeitung „vorneweg“
- eine Probenummer der GLB-Zeitung „die arbeit“
- eine Probenummer der Zeitung „volksstimmen“
- persönlich Kontakt aufnehmen, meldet euch bei mir

Name: _____

Anschrift: _____

Telefon: _____

Email: _____



TIVOLI

Gumpstraße 36

Postfach 816

6020 Innsbruck